

Hamburg, 30. September 2022

Solidarität mit den Beschäftigten des Tierparks Hagenbeck Wen die Arbeits- und Lebenssituation der Menschen im Bezirk kümmert

Die Bezirksversammlung Eimsbüttel erklärte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit den Stimmen von SPD, LINKEN und GRÜNEN solidarisch mit den im Arbeitskampf befindlichen Mitarbeiter:innen bei Hagenbecks Tierpark und deren Forderung nach Abschluss eines Tarifvertrages. Schon seit Längerem klagen viele Beschäftigte des Tierparks Hagenbeck über schlechte Arbeitsbedingungen und kämpfen für einen neuen Rahmentarifvertrag. Die Geschäftsführung des Parks lehnt bisher Gesprächsangebote der Gewerkschaft konsequent ab.

Zwischen den Fraktionen zeigten sich fundamentale Unterschiede in der Bewertung von Arbeitskämpfen und auch der Definition der eigenen Aufgaben als gewählte Interessenvertreter:innen der Eimsbütteler Bevölkerung.

Während die antragstellenden Fraktionen SPD, LINKE und GRÜNE eindeutig den Hagenbeck-Beschäftigten im Kampf um einen Tarifvertrag Erfolg wünschten, zeigten CDU, FDP und afd offen radikale Ablehnung. Den Vertretern der CDU-Fraktion zufolge gehe es ihrer Fraktion zwar um eine solidarische Gesellschaft, sie lehne aber eine Solidaritätserklärung, weil sich gewählte Politik nicht in Tarifautonomie einzumischen habe. Die FDP war der Ansicht, in Deutschland befinde sich das Recht zwischen Angestellten und Unternehmen in einem "austarierten Verhältnis" und die Gewerkschaften seien stark genug, sich zu wehren.

Roland Wiegmann (stellv. Sprecher der Linksfraktion): *»Selbstverständlich kann und muss sich die gewählte Interessenvertretung der Bürger:innen dieses Bezirks zu deren elementaren Bedürfnissen verhalten. Die Bezirksversammlung wird nicht auf die konkreten Vertragskonditionen einwirken. Aber sie muss sehr wohl ihre Meinung äußern, wenn Arbeitnehmer:innen in ihrem Bezirk das Recht auf bessere Arbeitsbedingungen haben. Hier kann es keine Neutralität geben. Solidarität ist für DIE LINKE und die Bezirksversammlung Eimsbüttel nicht nur ein Wort. Die CDU-Ansicht, eine solche Solidaritätserklärung beeinträchtigt das grundgesetzliche Recht auf Vereinigungsfreiheit, ist hanebüchen. Handelt es sich doch bei diesem Recht in seiner über 100jährigen Geschichte darum, die Lohnabhängigen im Arbeitskampf vor staatlicher Willkür zu schützen. Die Behauptung der FDP, die Kräfte zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite seien ausgeglichen, ist von betrieblichen Realitäten so völlig frei, dass man sich wirklich wundern muss.«*

Die afd zeigte ihr wahres asoziales Gesicht, als ihr Fraktionsvorsitzender Tarifverhandlungen zu einer "privaten" Angelegenheit der Beschäftigten erklärte. Geradezu zum Fremdschämen sein Vergleich der im Arbeitskampf befindlichen Hagenbeck-Beschäftigten mit Marktbeschickern: "Die haben echte Probleme", so Schlömer wörtlich. Die Hagenbeck-Beschäftigten also nicht?

**Für Rückfragen: Roland Wiegmann ☎ 0163 / 1640 275
mailto: roland.wiegmann@linksfraktion-eimsbuettel.de**

Fotos zur freien Verwendung erhalten Sie per Download in unserem virtuellen Presseraum <https://bit.ly/presseraum-die-linke-fraktion-eimsbuettel>



Roland Wiegmann
(Stellv. Fraktionsvors.,
Sprecher im
Stadtplanungsausschuss)

Anlagen:

- diese PM als PDF

DIE LINKE. Fraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel

Medienverantwortlicher: Roland Wiegmann

☎ 0163 / 1640 275 / [mailto: presse01@linksfraktion-eimsbuettel.de](mailto:presse01@linksfraktion-eimsbuettel.de)

Kieler Straße 689, 22527 Hamburg, <https://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/>